

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Wapenpreis: Die 4-spaltige Seite 1,50 Mk., von Nummer 2.— Mk. Kioskspreis 2.— Mk. Wapenpreis nach Bel. nach, die 2-spaltige Seite 1.— Mk., von Nummer 2.— Mk. Bei Wapenpreis nach Bel. Wapenpreis bis 10.— Mk. — Postgebühren Danzig 1921. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr 117

Montag, den 23. Mai 1921

12. Jahrgang

Zweierlei Maß in Oberschlesien.

Nur Polen darf Truppen nach Oberschlesien senden.

Berlin, 22. Mai. Das Auswärtige Amt hat die Note der interalliierten Militärkommission vom 14. Mai über die Rekrutierungen für Schlessen dahin beantwortet, daß auch nach Auffassung der deutschen Regierung die Anwerbung von Freiwilligen für Schlessen und die Bildung von Freikorps oder ähnlichen Formationen unzulässig ist. Bereits am 19. Mai ist sie in einem Aufruf derartigen Bestrebungen ganz entschieden entgegengetreten. Schon vorher hatte der Reichsmehrminister die zuständigen militärischen Stellen nachdrücklich angewiesen, daß die Bildung etwaiger Freiwilligenformationen mit allen Mitteln zu verhindern sei, um das Wiederaufleben des Freikorpswesens im Reine zu unterdrücken. Die deutschen Behörden werden mit größter Strenge gegen solche Anwerbungen und Zusammenschlüsse vorgehen. Die Polizei und die Gerichtsbehörden sind angewiesen, von den Bestimmungen des Strafgesetzbuches unnachlässig Gebrauch zu machen, und zwar namentlich auch gegen Zeitungen, in denen Werberinserate erscheinen. In Fällen, in denen Freiwillige sich bereits zu Freikorps zusammengeschlossen haben sollten, wird deren Auflösung durch die Landesregierung erfolgen. Um den Zugang von Freiwilligen nach Oberschlesien zu verhindern, sind Maßnahmen im Gange, durch die die Grenze des Abstimmungsbereiches für sie gesperrt werden sollen.

Oppeln, 22. Mai. Aus den Kreisen Kreuzburg und Rosenberg wird übereinstimmend von starken Truppenansammlungen jenseits der Grenze berichtet. Polnische Verstärkungen haben bereits die Grenze überschritten. Auch Waffennachschübe sind erfolgt. Es ist heute zu schweren Kämpfen in der Gegend von Rosenberg gekommen. Nach den bisherigen Meldungen mußten die Aufständischen vorerst Wbrechtsdorf, Alt-Rosenberg und Komoschou räumen. Bei Bogoslin im Kreise Gr.-Strehlitz blieb ein Angriff der Insurgenten erfolglos. In der Nähe von Bogoslin wurden grauhaft zugerichtete Leichen deutscher Apobeamten aufgefunden. In den übrigen Kreisen ist die Lage im wesentlichen unverändert.

Oppeln, 21. Mai. Infolge der Zerstörung der Telegraphen- und Fernspreitleitungen durch die Insurgenten ist die Nachrichtenübermittlung aus den größten Industriestädten des Zentralreviers, soweit sie noch nicht von Aufständischen besetzt sind, unmöglich gemacht worden. Heute gelang es dem deutschen Plebiszitkommissar Dr. Urbaned, Oppeln zu erreichen. Er erstattete der interalliierten Kommission eingehenden Bericht. Die besagten Städte sind aufs schwerste bedroht. Es besteht die Gefahr, daß der Stadt Ratowitz seit dem 20. Mai durch die polnischen Aufständischen die Versorgung mit Wasser und Licht unmöglich gemacht worden ist. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß bei dem Vorstoß der Polen bei Kossau der größte Teil der Angreifer über die polnische Grenze gekommen und wieder über die Grenze zurückgewichen ist. Die polnischen Militärposten an der Grenze haben die Angreifer unbehindert durchgelassen. Die festgenommenen Insurgenten haben übereinstimmend ausgesagt, daß sie im Lager Krotoschin bei Polen unter der Leitung eines französischen Majors ausgebildet worden seien. Bei Krapowitz mußten die Aufständischen einige Geschütze, Maschinengewehre und andere Waffen zurücklassen.

Ratowitz, 21. Mai. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens haben an die internationale Vereinigung vom Roten Kreuz in Genf ein Telegramm gerichtet, in dem sie auf das furchtbare Los der durch die Aufständischen vergewaltigten und ausgeplünderten Oberschlesier hinweisen und die Aufforderung erteilen, sich der unglücklichen Gefangenen zu erbarmen und durch eine neutrale Kommission sofort ein Untersuchungs- und Hilfswerk einzuleiten.

Ebenso haben sie an die interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission, zu Händen der Generale de Rond und de Marini, folgendes Telegramm gerichtet: Die „Oberschlesische Grenzzeitung“, die mit ihrer Sonderausgabe vom 1. Mai 1921 das Signal zum polnischen Aufstand gegeben hat, bringt jeden Tag neue aufhebenbe wahrheitsfälschende Artikel und Nachrichten sowie Bekanntmachungen der Behörden der Aufständischen, ohne daß die Zensur diese Zeitung verbietet oder sonstige gegen sie einschreitet. Zu gleicher Zeit weisen die Zeitungen große Zensurflüden auf,

und es werden deutsche Zeitungen verboten. Wir wollen der interalliierten Kommission glauben, daß sie insolge ihrer Haltung im Aufstandesgebiet nicht Herr der Lage sein kann. Wir fordern aber von ihr, die sie in den Städten, in denen sie der deutsch gestimmten Bevölkerung gegenüber sehr wohl die Regierungsgewalt ausüben muß, völlige Unparteilichkeit. Die bisher geübte Handhabung der Zensur muß auch den letzten Rest des Vertrauens in die interalliierte Kommission lösen, der noch jetzt etwa in der deutsch gestimmten Bevölkerung vorhanden sein könnte.

Wiederaufbau und Entwaffnung.

Berlin, 21. Mai. Im Wiederaufbauministerium fand heute eine Besprechung der beteiligten Reichsressorts mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern über den Stand der Wiederaufbaufrage statt. Der Vertreter des Wiederaufbauministeriums bei der Kriegskostenkommission in Paris, Wolf, erstattete Bericht über eine mit dem französischen Minister Loucheur über diese Angelegenheit gehabte persönliche Besprechung. Es wurde mitgeteilt, daß Loucheur auf das in der deutschen Reparationsnote enthaltene Angebot der deutschen Regierung auf Lieferung von 25 000 provisorischen Häusern insoweit eingegangen sei, als er sich bereit erklärt habe, über die Lieferung von 25 000 Dauerhäusern zu verhandeln. Zugleich habe er die sofortige Entsendung von Sachverständigen erbeten. Die Sachverständigen werden bereits in den nächsten Tagen nach Paris abreisen. Weiterhin wurde mitgeteilt, daß Minister Loucheur sich hinsichtlich der Zuerkennung eines Abchnitts in den zerstörten Gebieten an Deutschland einverstanden erklärt habe. In dem Deutschland die erforderlichen Hoch- und Tiefbauten und die Aufforstungsarbeiten ausführen könne. Das Wiederaufbauministerium ist sofort mit dem Reichsmarktschaffersrat wegen Ernennung der Sachverständigen in Verbindung getreten, deren Aufgabe es sein wird, die Beschaffung des von französischer Seite noch näher zu bezeichnenden Gebietes vorzunehmen und die ersten grundsätzlichen Verhandlungen mit der Gegenseite zu führen.

Berlin, 22. Mai. Mit dem 21. Mai lief die zweite Frist ab, die der deutschen Regierung von der interalliierten Militärkontrollkommission für Ausführung des Wismutums gesetzt worden war. Danach soll in Zukunft jede Verbesserung von Waffen und anderem Heeresmaterial ohne Genehmigung der Kommission verboten sein. Die zu diesem Zweck gegebenen Befehle sollen auch auf das Material Anwendung finden, das sich aus irgendeinem Grunde im Besitz der Reichstreuhandgesellschaft befindet. Das Reichswirtschaftsministerium hat einen diesen Forderungen entsprechenden Befehl am 15. Mai erlassen. Die erforderlichen Anweisungen an die Reichstreuhandgesellschaft sind vom Reichsschatzministerium am 21. Mai getroffen worden. Beide Anordnungen sind am 21. Mai zur Kenntnis der Kontrollkommission gebracht worden.

Die interalliierte Zusammenkunft in Boulogne.

London, 21. Mai. Wie die Blätter melden, wird die interalliierte Zusammenkunft in Boulogne Mitte nächster Woche stattfinden. Lloyd George geht heute an die See, um sich später von dort nach Frankreich zu begeben. Churchill wird Lloyd George wahrscheinlich begleiten. Italien, Japan und Amerika werden auf der Konferenz vertreten sein.

Paris, 21. Mai. Nach einer Havasmeldung aus London hat die französische Regierung heute der englischen bestätigt, daß sie das Datum der nächsten interalliierten Zusammenkunft nicht vor Beendigung der Debatte über Oberschlesien in der Deputiertenkammer festlegen könne. Die französische Regierung hat indessen zugestimmt, daß die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates in Boulogne stattfinden soll.

Paris, 21. Mai. „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, in amtlichen Kreisen lehne man eine Äußerung über die Behauptung Lloyd Georges, daß die amerikanische öffentliche Meinung auf Seiten Englands und Italiens gegen die französische Haltung in der ober-schlesischen Frage sei, ab, aber man habe sich auch nicht bemüht, diese Behauptung zu widerlegen, und der allgemeine Eindruck auf Grund dessen, was aus autoritativer Quelle über die Stellungnahme der Regierung verlautet, gehe dahin, daß, wenn es für die Vereinigten Staaten notwendig werde, eine Entscheidung zu treffen, sie wahrscheinlich der englischen und italienischen Standpunkt unterstützen würden.

Amerika im Obersten Rat.

In einer Banteltrede hat Lloyd George den Wiedertritt der Vereinigten Staaten in den Obersten Rat gefeiert und den amerikanischen Botschafter in London Harvey begrüßt, der vom „President Harding beauftragt ist, ihn in einer Sitzung des Rates, in der die ober-schlesische Frage erörtert wird, zu vertreten. Die außerordentliche Wärme des Tons, den der englische Premierminister anschlug, läßt darauf schließen, daß er den Vertreter Amerikas als seinen Bundesgenossen in der ober-schlesischen Frage begrüßen zu können glaubt.

Die wiedererwachende Aktivität Amerikas in den europäischen Angelegenheiten ist in der Tat ein Ereignis von hoher Bedeutung. Und wenn Lloyd George in seiner Begrüßungstrede für Harvey sagte, es handle sich nicht darum, daß Amerika in die europäischen Wirren hineingezogen werde, sondern darum, daß Amerika Europa aus diesen Wirren heraushele, so kann man sich vom deutschen Standpunkt dieser Erklärung anschließen.

Durch das Eingreifen der Vereinigten Staaten von Amerika ist der Krieg zugunsten der Entente entschieden worden. Bei den folgenden diplomatischen Ereignissen war Amerika nicht mehr so entscheidend wie bei den militärischen. In seinen Erinnerungen an die Verhandlungen der Alliierten über den Frieden von Versailles hat Loucheur geschrieben, daß sein Herr und Meister Clemenceau die Stellung an sich, sich und mit rücksichtsloser Energie eine Politik durchsetzte, die den Idealen Amerikas und den Verheißungen seines damaligen Vertreters Wilson sehr wenig entsprach. Das amerikanische Volk hat dieses Versagen seiner diplomatischen Vertretung am stärksten in der Frage des Bänderbundes empfunden, daß in seiner gegenwärtigen Mißgestalt seine Handlungsfreiheit in empfindlicher Weise eingeschränkt, und es beharrt, wie aus der Rede Harveys hervorgeht, bei seiner Weigerung, an diesem pazifistisch ausgeprägten Bund der Sieger als dienendes Glied teilzunehmen. Dagegen will es im Rat der assoziierten und assoziierten Regierungen, also in der Mächtegruppe, die Deutschland besiegte und ihm in Versailles als Verhandlungsgegenübertrat seinen Platz wieder einnehmen.

Wenn Amerika zu diesem Entschluß gelangt ist, so geschah das jedenfalls in erster Linie aus der Erkenntnis heraus, daß es an der Wiederherstellung der Ordnung in Europa wirtschaftlich in höchstem Maße interessiert ist. Das an Rohstoffen unerschöpflich reiche Land leidet heute schwer an einer Wirtschaftskrise, die vor allem auf das Fehlen zahlungsfähiger europäischer Abnehmer auf seinem Markte zurückzuführen ist. Amerika ist daher in hohem Maße daran interessiert, nicht ein einzelnes europäisches Land, sondern den ganzen Erdteil als kaufkräftigen Kunden zurückzugewinnen; das ist aber nur dann möglich, wenn in das politische und wirtschaftliche Chaos, das der Weltkrieg zurückgelassen hat, wieder Ordnung gebracht wird.

Abgesehen aber von diesen rein wirtschaftlichen Erwägungen glauben wir von unserem Standpunkt aus Amerika an seine moralischen Verpflichtungen Europa gegenüber erinnern zu dürfen. Sie beruhen auf der ihm erwachsenen hohen Verantwortung Amerikas nicht nur an dem militärischen, sondern auch an dem diplomatischen Ausgang des Krieges, dem wohl niemand drüber als befriedigend empfindet. Amerikas Eingreifen in den Kampf mit der festen Absicht, nicht den Imperialismus eines einzelnen Volkes, sondern das System der Weltmacht selbst zu bekämpfen, das es damals in Deutschland allein verkörpert glaubte. Die folgenden Ereignisse aber mußten ihm seinen Fortschritt bewirken haben: Europa selbst heute unter den Folgen einer Gewaltpolitik, aber nicht der zerschmetterten heillosen, sondern eben jener, der Amerika entgegen seinen Absichten und feierlichen Verbindungen durch den Einsatz seiner gewaltigen Kräfte in den Sattel gehoben hat.

Wenn jetzt Amerika wieder in den Obersten Rat eintritt, so geschieht das gewiß in erster Linie zu dem Zweck, seine eigenen Interessen dort zu vertreten, denn keine Regierung hat das Recht, zum Schaden ihres eigenen Volkes schweigen zu sein. Aber Deutschland kann schon damit zufrieden sein, wenn Amerika seine eigenen Interessen vertritt, statt in der Lösung des Problems, es handle sich dabei um die Verwirklichung höchster Menschheitsziele, fremden Interessen zu dienen. Gerade diese nächsterne Betrachtung der Dinge muß aber Amerika zu der Erkenntnis führen, daß seine Interessen nicht mit denen eines Teils von Europa identisch sind. Europa ist außerdem heute nicht mehr wie in den Tagen von Versailles bloß in zwei Teile geteilt, sondern in sehr viele; das erschwert für den den europäischen Verhältnissen ferner Stehenden die Entschleierung, vermehrt aber auch seine Freiheit in der Wahl seines eigenen Standpunktes.

Amerika ist daran interessiert, daß Deutschland zahlt, was es kann, denn von seiner Zahlungsfähigkeit hängt auch die der Schuldner Amerikas ab. Es ist aber in seiner Weise daran interessiert, daß Deutschland unter dem Druck fortgesetzt

der Sammelanordnungen zu Leistungen über seine Kräfte an-
gehalten wird, bis es zusammenbricht. Denn dieser Zu-
sammenbruch wäre zwar ein imperialistischer Machtverlust
für einen oder den anderen der Machtmächte Deutschlands, aber
ein schwerer Nachteil für die Weltwirtschaft und damit auch
für die Wirtschaft Amerikas. Deutschland wünscht nicht
dieses, es will sich auch nicht um tragbare Verpflichtungen
brüden, aber was es will, das ist die Wiederkehr der wirt-
schaftlichen Normalität. In der Verwirklichung dieses Ziels kann
ihm Amerika helfen. Es hat die gigantischen Kosten des Con-
doner Ultimatus auf sich genommen und hofft, sie mit Auf-
bietung aller seiner Kräfte für absehbare Zeit tragen zu kön-
nen. Sollte aber dennoch einmal ein Tag kommen, an dem
Deutschland seine Bücher aufschlägt und zeigen möchte, daß
der eingeschlagene Weg ein Weg zum Abgrund für alle ist,
dann möchte es nicht haßerfüllten Gegnern gegenüberstehen,
denen die drohende Katastrophe nur eine längst erwünschte
Gelegenheit zur Verwirklichung gewaltspolitischer Pläne ist,
sondern ruhigen Rechnern und umsichtigen Wirtschaftsen-
tern. In diesem Sinne betrachten wir die Wiederkehr Ame-
rikas in den Obersten Rat als einen Gewinn.

Die erste Sitzung, an der Amerika wieder teilnehmen
wird, soll die Entschreibung über Oberschlesien treffen. Hier ist
von Amerika die Einsicht zu erwarten, daß die künftige
Leistungsfähigkeit Deutschlands in hohem Grade von dieser
Entscheidung abhängt. Es wird sich auch nicht der Erkenntnis
verschließen können, daß die Bevölkerung Oberschlesiens in
überwältigender Mehrheit für das Verbleiben bei Deutsch-
land gestimmt hat und daß jede neue Grenzlinie das leben-
dige Fleisch der Wirtschaft durchschneidet. Man darf in diesem
Zusammenhang daran erinnern, daß die Handhabung des
„Selbstbestimmungsrechts“ durch den Frieden von Versailles
Millionen Deutsche gezwungen hat, gegen ihren Willen ge-
zwungen hat, gegen ihren Willen außerhalb der Grenzen des
Deutschen Reiches zu leben und daß Unerträglichkeit gegen
den einen Ungerechtigkeiten gegen den anderen ist. Wenn
200 000 Deutsche dem polnischen Staats einverleibt wurden,
ohne nach ihrem Willen gefragt worden zu sein, kann es
nicht als unerträgliches Unrecht betrachtet werden, wenn ein
polnisches Dorf auf Grund jahrhundertelanger staatlicher Zu-
gehörigkeit und untrennbarer wirtschaftlicher Zusammen-
hänge bei Deutschland verbleibt.

Die Wendung der englischen Politik, die infolge der An-
nahme des Ultimatus durch Deutschland zum Durchbruch
gekommen ist, schließt Amerika vor der Gefahr, in Isolation
zu geraten. Auch die Rede, mit der Lloyd George den ame-
ritkanischen Botschafter begrüßte, spricht hohe Erkenntnisse
aus. Die deutsche Republik, die an der Aufrichtung fried-
licher und freier Zustände in der ganzen Welt bren-
nend interessiert ist, kann es nur begrüßen, wenn Amerika die
englische Politik auf den Wegen dieser Erkenntnisse fördert
und ihre praktische Anwendung tatkräftig in die Hand nimmt.

„Das teuerste Ministerium der Welt.“

Unter diesem Titel bringt das am 21. Mai erschienene
Heft der von Stefan Grohmann herausgegebenen Wochen-
schrift „Das Tagebuch“ (Erich Romoßki Verlag, Berlin) einen
Artikel des früheren Reichsfinanzministers Erbgesser. In
dem der Verfasser nachweist, daß die Politik des verstorbenen
Kabinetts Fehrenbach-Simons, das er „das teuerste Mini-
sterium der Welt“ nennt, das deutsche Volk 50 Milliarden
Goldmark gekostet hat. Zum Beweise dieser Behauptung
gibt er einen knapp zusammenfassenden Überblick über die
Entwicklung der Reparationsforderungen der Entente.

Im Juni 1920 hatten sich die Alliierten in London auf
42 Jahreszahlungen von je 2,7 Goldmillarden verständigt.
In Spa schloß sich die deutsche Regierung über diesen Plan
aus. Im Herbst kamen englische und französische
Unterhändler mit dem ganz gesunden Vorschlag eines Provi-
soriums für fünf Jahre. Statt mit beiden Händen zugreifen
zu lassen, bestand das Kabinett Fehrenbach-Simons schließlich
auf der Forderung, man habe nach dem Vorlaute des Friedens-
vertrages das Recht, die Gesamtpflichtung zu er-
füllen, obwohl man nichts gegen eine vorläufige Abmachung
habe, und dies unbegreiflich läche Verhalten trug erheblich
zum Scheitern des Bedenkens bei. Uebrigens ist hier in Er-
gänzung der Schilderung noch einzuschalten, daß das Auswärtige
Amt sogar diesen Plan, der in der Hauptsache auf den franzö-
sischen Unterhändler und Finanzfachverständigen Seydoux
zurückging, mit voller Absicht (zum Teil ohne Wissen und
gegen den Willen des Ministers Dr. Simons) zu Fall ge-
bracht hat.

Ende Januar erfolgten dann die bekannten Pariser
Wiederaufbauabschlüsse, die in der Forderung von 226
innerhalb 42 Jahren zu zahlenden Milliarden Goldmark und
der unproportionalen Ausfuhrabgabe gipfelten. Deutschland
lehnte ab und machte aus Protesten und Sachverständigen-
Beratungen endlich am 1. März den völlig ungenügenden
Gegenvorschlag einer Zahlung von 30 Milliarden verzins-
baren Goldmark. Vor Einführung der „Sanktionen“ erfolgte
noch zwei Vorschläge von Lloyd George: die Dauer der
Zinsstilstandsperiode von vier Jahren oder 30 Jahre mit 3 Milli-
arden nebst 30 Prozent Ausfuhrabgabe von Sendungen an die
alliierten Länder. Aus lauter Verlegenheit erfolgte nun noch
ein neuer deutscher Vorschlag, der auf einmal wieder auf das
unfähige Provisorium zurückgriff, und darauf der Abbruch
der Verhandlungen in London. Dann folgten: Triumph-
empfang in Berlin, Reise des Ministers Simons in die
Schweiz, das Berner Interview an den Redakteur des „Ma-
tin“ mit einem erneuten glatten Umfall, abermals vierzehn
Tage Pause, endlich die unwürdige bedingungslose Unter-
werfung unter Hardings Schiedsspruch, der außerst kalt ab-
lehnt, obwohl die deutsche Regierung nunmehr 50 Milliarden
Goldmark Leihwert oder 200 Milliarden Goldmark Annui-
litäten anbietet. Und nach allen tagtäglich erfolgenden diplo-
matischen Ohrfeigen fordert die Entente 132 Milliarden
Gegenwartswert und eine ganze Reihe Sicherungen, und
diese Forderung wird angenommen.

Immer wieder haben die Regierung und die hinter ihr
stehenden bürgerlichen Parteien Illusionsstraßen auf einen Wan-
der gewartet. Mit vollem Recht schreibt Erbgesser:

„Seit der 11. Januar 1920 vollzogenen Ratifikation des
Friedens hat leider Deutschland trotz meines steten Drängens

nach meiner Antisanktionspolitik keinerlei Initiative mehr ent-
wickelt, es hat die Wahrheit des Satzes nicht begriffen, daß
ein gutwilliger Schuldner das Eigentum und die Höhe seiner
Leistungen im Fortleben genau so best. ist, wie es im Ver-
fallenden der Fall ist.“

Den Gegenpartnern der Pariser Forderung von 226
Millarden Goldmark befreit sich auf 33 Milliarden.
In Büchsen und Gewehren war dabei, abgesehen von
den 3000, so gut wie nichts Neues geliefert worden. Inner-
halb eines Monats hat also das Kabinett Fehrenbach-
Simons dem deutschen Volk eine Erhöhung seiner Repara-
tionsverpflichtungen um 50 Goldmillarden verschafft. Dafür
war es aber auch eine Inflationen-„Wiederaufbauregie-
lung“ und ließ sich das Sachverhältnis zusammenfassen.

Die oberchlesische Not.

Es ist auffallend, wie wenig klar sich selbst gut-
unterrichtete oberchlesische Persönlichkeiten über die Gefahr
gewesen sind, die sich Ende April über ihren Häuptern zu-
sammengog. Hierdurch wird schlagender als durch alle sonstigen
Beweise dargelegt, wie wenig der oberchlesische Aufstand
durch „deutsche Provokationen“ hervorgerufen worden ist.
Der Anfang Mai einlaufende Generalstreik und die an-
schließenden Revolten haben für das oberchlesische Volk und
für die auf oberchlesische Bodenstände angewiesenen Teile des
Reiches schwere Folgen gehabt. In zahlreichen Orten besen-
des des oberchlesischen Industriegebietes herrschte zu Anfang
Mai eine erste Nahrungsmittelnot. Die innere Zermürdung
der polnischen Insurgententruppen ist wohl im wesentlichen
auch auf ungenügende Verpflegung zurückzuführen. Seit
Anfang Mai hat der gesamte Abtransport oberchlesischer
Rohle nach Deutsch-
land. Somit die Bergwerke überhaupt arbeiten, haben
die Polen die Ausbeute für sich mit Beschlag belegt und allem-
falls noch an fremde Interessenten etwas abgegeben. Die
Eisenbahndirektion Breslau hat sich gezwungen gesehen, den
Bahnverkehr zu beschränken; auch im Berliner Bezirk, der
vorwiegend auf oberchlesische Rohle angewiesen ist, hat man
den Wägenverkehr einschränken müssen. Die auf 2,2 Milli-
onen Tonnen monatlich festgesetzten Ruhrkohlenbeiträge an die
Westmächte machen es unmöglich, daß der Ruhrbezirk den
Ausfall Oberschlesiens deckt. So ist trotz des Beginns der
warmen Jahreszeit in Deutschland eine Verschärfung
der Kohlennot entstanden. Die gesamten Parteien
Oberschlesiens, von den Deutschnationalen bis zu den Sozial-
demokraten, sowie sämtliche Gewerkschaften haben sich in er-
schütternden Worten an die Welt gemandt und um Erleichterung
aus der Kohlennot gebeten. Die Reichsregierung ist aus
außenpolitischen Gründen nicht in der Lage, den schwerbeden-
den oberchlesischen Deutschen zu helfen. Großbritannien,
Italien und auch Amerika haben sich scharf gegen die polni-
sche Gewalttat gemandt. Trotzdem hält Frankreich daran
fest, daß den Polen der größte Teil Oberschlesiens, darunter
das gesamte Kohlen- und Industriegebiet, zugehört. Die
Reichsregierung hat am 11. Mai die Ver-
binderforderungen bedingungslos angenommen; es unterliegt
jedoch keinem Zweifel, daß der Verlust des oberchlesischen
Kohlen- und Industriegebietes Deutschland in ganz kurzer
Zeit außerstand setzen würde, das Reparationsprogramm zu
erfüllen.

Inzwischen hat die deutsche Kriegsgefangenenkommission in Paris
bereits der Reparationskommission eine Note übergeben, in der sie
deutlich um die erforderlichen Maßnahmen an die interalliierte Ple-
bisitkommission erndet, um die Wiederaufnahme der gegenwärtig
vollkommen einseitigen Kohlentransporte aus Oberschlesien nach
Deutschland zu ermöglichen.

Das oberchlesische Räuberneß.

Oppeln, 20. Mai. Aus den Kreisen Beuthen, Groß-
Strehlitz, Gleiwitz und Kosel werden erneut schwere Aus-
sicherungen der Insurgenten gemeldet. Alle Versuche der
Beschlüßigung, die zuständigen Instanzen der interalliierten
Kommission zum Einschreiten zu bewegen, blieben erfolglos.
Im Kreise Gleiwitz wurden deutsche Flüchtlinge, denen die
Legitimationspapiere von den polnischen Insurgenten abge-
nommen worden waren, von französischen Truppen ver-
haftet. Die Bestrafung des Fürsten Hohenlohe-Dehringen in
Eisenberg (Kr. Kosel) wurde von den Polen geschildert.
In Hohenburg wurde die Annahme von Geldbussen an
eine Berliner Bank auf Anordnung der Insurgenten verwei-
gert, trotzdem das betreffende Postamt von französischen
Truppen besetzt gehalten wird.

London, 20. Mai. Der Sonderberichterstatter der
„Times“ in Katowitz führt als Beweis für die Teilnahme
der Franzosen zugunsten der Polen mehrere Fälle an, bei
denen die Unwilligkeit der Franzosen, gegen die polnischen
Aufständischen vorzugehen, deutlich zum Ausdruck kommt.
Der Berichterstatter erklärt, die polnische Grenze stehe noch
immer offen, Hüte und Vorräte mit Munition für die Auf-
ständischen laufen fast täglich ein. Ein Zeichen der wachsenden
englischen Feindschaft sei, daß britischen Offizieren,
die zu der Kommission gehören, von den Aufständischen nicht
mehr gestattet werde, sich in den von den Aufständischen be-
setzten Gebieten zu bewegen, wenn sie nicht in Besitz von
Pässen sind, die das Hauptquartier der Aufständischen ihnen
ausgestellt hat. Da die britischen Abteilungen sich unbedingt
weigern, die Autorität der Aufständischen in irgendeiner
Weise anzuerkennen, laufen die britischen Beamten in ver-
schiedenen Ortschaften jetzt die größte Gefahr, abgeschossen
zu werden.

London, 20. Mai. Wie „Daily News“ erzählt, hat
Amerika durch zwei Beamten seiner Berliner Vertretung
die oberchlesische Lage untersuchen lassen. Sie empfehlen
eine Entschädigung, die in allen wesentlichen Punkten mit der
von England übereinstimmt.

Die polnisch-französische Waffenbrüderlichkeit.

Der am 3. Mai von den polnischen Insurgenten festge-
nommene deutsche Plebisitkommissar Rechtsanwalt Knuth,
der über die Grenze auf polnisches Gebiet nach Schwarz-
wasser gebracht worden war, jetzt aber wieder freigelassen
worden ist, erzählt in einem Bericht über seine Erlebnisse in
polnischer Gefangenschaft, daß die Führung der Insur-

genten überall in den Händen von polni-
schen Offizieren sei, die erklärten, daß sie nach
Oberschlesien kommandiert worden seien. In der
Grenzregion polnisches reguläres Militär
den Stappen- und Nachrichten dienst. Er habe auch auf pol-
nischem Gebiet Franzosen angetroffen. In Schwarz-
wasser hätten 10 französische Offiziere den Nach-
schub von Verpflegung, Munition, Transportmitteln usw.
geleitet. Er habe einmündel-Nachschub von Mineral-
ölen, Munition und Verpflegung aus
Polen festgestellt. Oberchlesische Bauern und Bergarbei-
ter hätten nur dem Namen nach das Kommando über die
Insurgenten, während die eigentliche Führung in den Hän-
den aktiver polnischer Offiziere, auch höherer
Ranges, liege. Hinter der Front würden Kom-
panien hungernde Leute, die aus Breslau, aus Polen,
Polen und Westpreußen zusammengekommen sind, bestehen
von aktiven polnischen Offizieren ausgebildet.

Nach einem polnischen Bericht haben die Polen seit Be-
ginn des Aufstandes 926 Tote und 14 000 Verwundete ver-
loren. (Diese Zahl scheint uns reichlich hoch gegriffen. D. Red.)

Washington, 19. Mai. (Reuter.) In ihrer Note an die
Regierung der Vereinigten Staaten erklärt die polnische Re-
gierung, daß die Plebisitkommission dadurch, daß sie die Ent-
scheidung zwei Monate in der Schwebe hielt, mit den hoch-
geputzten Gefühlen der Bevölkerung gespielt habe. Der
Aufstand ist das Gerüst zu bestätigen, daß die Entschei-
dung nicht in Übereinstimmung mit dem Ergebnis der Ab-
stimmung getroffen werde, sondern auf politischen (?) Kom-
binationen und Interessen der in der Plebisitkommission und
im Obersten Rat vertretenen Mächte begründet sein würde.
In Anbetracht der im Volk verbreiteten Auffassung sei es
nicht überraschend, daß die schlesischen Polen zu den Waffen
eilten.

Die polnische Ententebegeisterung.

In seiner aufsehenerregenden Unterhausrede über Ober-
schlesien hat Lloyd George die Polen etwas unanständig daran
erinnert, daß ihre Begeisterung für die Sache der Alliierten
während des Krieges keineswegs allgemein gewesen ist, und
daß die eine Hälfte der polnischen Nation auf der Seite der
Zentralmächte stand und kämpfte. An dieser Feststellung ist
nur das einzig Bedauerliche, daß sie nicht schon viel früher er-
folgt ist. Die Begeisterung der Polen für ihre „Befreier“
Hindenburg, Macdonald, Besseler, Prinz Leopold von Bayern
u. a. während des Sommerfeldzuges von 1915, der in der
Einnahme von Lemberg und Warschau gipfelte, ist von so
vielen Augenzeugen wahrgenommen und durch so zahlreiche
Kundgebungen, Artikel, Trinksprüche, Photographien usw.
dokumentiert worden, daß sie sich beim besten Willen nicht
aus der Welt schaffen läßt. Braucht man noch an die zahl-
reichen Offiziere und Beamten polnischer Herkunft zu er-
innern, die sich mit stärkstem Eifer für die Sache der Zentral-
mächte eingesetzt haben? Ebenso ist es eine historische Tat-
sache, daß im alten k. und k. Österreich-Ungarn, namentlich
im Wiener Reichsrat, die Polen — neben den christlich-sozia-
len Deutschen — mit Recht als die treuesten und zuverlässig-
sten Stützen des habsburgischen Regimes galten.

Vor einiger Zeit wurde an der Hand amtlicher Protokolle
enthüllt, daß in der entscheidenden Wiener Ministerratssitzung
im Juli 1914 es der k. und k. Finanzminister Bilinski
gewesen ist, der, entgegen den Warnungen von Tizza und
Stürgkh, mit Verzicht auf den Krieg gegen Serbien
drängte. — derselbe Bilinski, der zur Zeit der Versailles-
Verhandlungen, als die Alliierten jedem imperialistischen
Wunsche Warschaws nachgaben, Finanzminister des neuen
polnischen Staates war. Und vollends der Patriot Korf-
sant? Bei Ausbruch des Weltkrieges entfaltete er eine
derartige Begeisterung für die deutsche Sache, daß er das
offizielle polnische Telegraphen-Bureau ersuchte, ihm je be-
wichtigere Stegenachrichtungen sofort direkt und
persönlich telephonisch mitzuteilen. Unter
diesen Umständen erscheint die heutige polnische Entente-
begeisterung in sehr eigentümlicher Beleuchtung, die Lloyd
George sehr zu denken geben sollte.

Ein Hilferuf des deutschen Parteivorstandes an das Büro der Internationale.

Berlin, 20. Mai. Der Vorstand der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands hat an das Bureau der Internationale
folgenden Hilferuf geschickt: Er, äuernde Hilferufe deutscher
Volksgenossen, Nachrichten über zahlreiche Morde und Ver-
derungen, begangen durch die Banden Korfantys, wurden
uns heute durch Parteigenossen, die unter Lebensgefahr aus
dem von den Insurgenten besetzten Gebiet geflüchtet sind,
überbracht. Offen tritt die französische Duldung des von der
polnischen Regierung durch Korfanty inszenierten Ueberfalls
zu Tage, der das für Deutschland günstige Plebisit des
schlesischen Volkes annullieren und den Obersten Rat vor eine
unlösbare Aufgabe stellen soll. Nur übermenschliche An-
strengungen und strengste Selbstkastei vermöchten bisher
Ratsherrlichkeiten hinauszuhalten. Nur die Hoffnung auf eine
schnelle Entschcheidung gibt der deutschen Bevölkerung die fest-
ste Kraft zur Ertragung der unsäglichen Qualen.

Wir erwarten von dem Internationalen Bureau, ebenso
wie von allen ihm angeschlossenen Sektionen der Internatio-
nale das Einsetzen aller Kräfte, um für das deutsche Volk in
Oberschlesien das Recht der Selbstbestimmung gegen den pol-
nischen Imperialismus zu sichern, dessen Expansionsdrang
Europa in neue, unabsehbare Verwickelungen zu stürzen
droht.

Die Wiederaufbauaktion der französischen Gewerkschaften.

Paris, 22. Mai. Das Komitee für den Wiederaufbau
das die C. G. T. eingeleitet hat, um eine Organisation zu
schaffen, die den Wiederaufbau fördert, wird nunmehr in der
östlichen und nördlichen Departements 30 öffentliche Ver-
sammlungen veranstalten, um die Bevölkerung aufzufordern
das den Delegierten übertragene Mandat zu bestätigen.
Ministerpräsident Briand wird am Mittwoch die Sitzung des
Komitees empfangen, das den Wiederaufbauplan unter-
breiten soll.

Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer.

In der Pfingstwoche, am 17. und 18. Mai, tagte im Bürgeraal der Frankfurter Reichshaus der Bund entschiedener Schulreformer, an dem zu den wichtigsten Schulproblemen Stellung genommen wurde. Die Tagung war von auswärtigen und Frankfurter Teilnehmern gut besucht. Ihre Beratungen zeigten, daß bei einem Teil unserer Schulmänner ein neuer lebendiger Geist vorhanden ist, der unter Schulwesen in fortschrittlichem Sinne um- und ausgestaltet will. Der Vorsitz der Frankfurter Tagung, Schulrat Schuler, betonte in seiner Begrüßungsrede, daß es in der Bewegung der entschiedenen Schulreformer einen Kampf um neue Ziele gibt. Wenn es dem Bund gelänge, den Schulorganismus vor Zersplitterung zu bewahren, im neuen Kräfte zuzuführen, dann werde eine Tätigkeit als geeignet erscheinen.

Den ersten Vortrag über

„Soziale Bedingungen und Hindernisse der Erziehung“

hielt Prof. Staudinger-Darmstadt. Er betrachtete die Erziehungsfrage vom Standpunkt des Volkswirtschaftslebens aus und sah Hindernisse in der Erziehung in unseren sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die einer Umgestaltung bedürftig sind. Die Reformer müßten von dem Gemeinschaftsgedanken ausgehen. Erst müßten die Menschen zusammengebracht, sozialisiert werden, dann erst könne die materielle Sozialisierung kommen. Zu wirklicher Sozialisierung, das heißt zur Schaffung von Kulturgemeinschaften, sei es nötig, den auf dem Zufallsprinzip beruhenden Handelsaustausch in Gemeinschaftsaustausch umzuwandeln. Erst in und mit der Umwandlung des Unterbaues unserer Wirtschaft zur Volksgemeinschaft gewinne man den Boden zur neuen Erziehung.

Das Hauptthema der Tagung

„Das Werden der neuen Schule“

behandelte Prof. Paul Oestreich-Berlin. Er wandte sich gegen das Eliten- und Freistellensystem und verlangte die Einführung einer Bildungs- und Kulturreform. Die Erziehungsfragen gingen nach den Lehren in erster Linie die Eltern an. Diese aufzuklären sei die Hauptaufgabe der Schulreformer. In der Bewegung für die neue Schule seien die Jugendbewegung und das proletarische Kampfbewußtsein die von den Schulreformern geforderte Schule könne nicht als etwas fertiges und endgültiges hingestellt, aufgebaut werden, sie können nur im Maße und zum Zweck der Wirtschaftreform, mit dem geistig-ethischen Reife des Volkes, als seine Voraussetzung und seine fruchtbringende Folge, wachsen und werden. Das Werden der neuen Schule solle nicht durch gewaltsamen, zentralisierten Zwang, sondern durch die Beteiligung der lebendigen Kräfte erfolgen. Das Werden wird stets in der Diagonale geschehen, das Können und Tragen muß zum ganzen, ungetrennten und unverwundlichen Ganzen sein. Kein Dogma darf hemmen, der Forderung steht überall Probleme. In den Schülern der Welt zu rühren, ist die Aufgabe der entschiedenen Schulreformer, ihm ist tätige Sehnsucht Erfüllung. (Beifall.)

Als Ergänzung dieses Vortrages war anzusehen ein Referat von Karl Böcke-Hamburg über

„Die produktive Gemeinschaftsschule“

das am zweiten Verhandlungstage entgegengenommen wurde. Dieser Vortrag bildete den Höhepunkt der Tagung und fand die größte Zustimmung. Böcke ist ein begeisterter Fürsprecher der neuen Schule und zeigte sich als großer Idealist, der aus den Erfahrungen des Lebens schöpft. In der Jugendbewegung, auf die er ein hohes Lob spendet, erblickt er den Boden zur Wiedergeburt des Volkes. Innerhalb der Jugend sei eine neue Macht am Werke, mache sich ein heiliger Geist bemerkbar. Wollte man zu einer Schulgemeinschaft kommen, müsse man diese Jugend, ihre Kräfte und ihre Seele gewinnen. Sehr entschieden verwarf der Redner das Eliten- und Freistellensystem, das die Art an der Wurzel jeder neuen Erziehung bedauere. Pädagogik und Politik schließt sich nicht gegenseitig aus, sondern jede Pädagogik muß in feinerem Sinne Politik sein. Parteipolitik gehört natürlich nicht in die Schule. Die neue Schule hat von dem Grundlag auszugehen, daß Denken und Tun übereinstimmen. Es muß gebrochen werden mit der inneren Unwahrhaftigkeit, daß Lehren und Leben voneinander sind. In der produktiven Gemeinschaftsschule soll der Schüler nicht Objekt, sondern Subjekt sein. In der heutigen Schule geht alles nach Vorwissen. Weil wir diese Schule ändern wollen, nennen wir uns entschiedene Schulreformer. Die neue Schule ist im Werden, sie wird kommen, wenn man sich auf dem Boden der Arbeit findet. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Erziehung der Geschlechter besprach Siegfried Kaminer-Berlin. Er legte als Ziel im Rahmen der produktiven Schule eine schöpferische Jugend herauszubilden, die ein volles sittliches Verantwortlichkeitsgefühl hat. Ueber Jugend und

Kunst machte Prof. Siller-Berlin interessante Ausführungen. Jugend und Kunst hängen in harter Wechselwirkung zusammen. Die schöpferische Kraft der Jugend müßte zur vollen Entfaltung gebracht werden. Die Förderung der Kunst liegt in der Schule liegt in der Richtung der Schulreform, wie sie vor allem in dem Gedanken der einheitlichen Schule und der freien naturgemäßen Bildung zum Ausdruck kommt. Ueber das Thema: „Schulreform und Lebensreform“ referierte Frau Ilse Müller-Pestrich-Berlin. Das Ziel der neuen Schule sei der produktive Mensch, der sein Werk mit Freude und Lust, weil er den Sinn seines Tuns begreift. Sie wolle den jungen Menschen fähig machen, daß er in seiner Arbeit nicht nur die Gelegenheit zum Fortschritt sucht, sondern sie als Pflicht gegenüber der Volksgemeinschaft und damit als Glück empfinde. (Zustimmung.)

In diese Referate schloß sich nur eine kurze Aussprache.

Der Kongreß beschloß sich hiermit mit dem:

Entwurf eines Reichsschulgesetzes.

Es wurde hierzu folgender Beschluß gefaßt:

Die Pfingsttagung 1921 des Bundes entschiedener Schulreformer erhebt Protest gegen den Entwurf eines Reichsschulgesetzes zur Ausführung des Art. 146. 2 der Reichsverfassung. Die Annahme und Durchführung dieses Entwurfes würde das deutsche Schulwesen in die schlimmsten Zeiten der Konfessions- und bündelständischen Zerfahrenheit zurückwerfen, würde das Werden der Einheit- und Arbeitsschule im Sinne des Art. 146. 1 hemmen und lösen und unabhängig zu Schicksal führen. Statt die Schule fortzubilden und aufzubauen nach den Befehlen einer sich selbst gestaltenden Volksgemeinschaft mit den Forderungen der sozialen Persönlichkeitsbildung will man sie fernhalten von der Konfessionalität beherrschen und zersplittern lassen. Dieses Gesetz würde alle Entwicklung und allen Willen zur deutschen Einheit, zur Volksgemeinschaft, zu wirtschaftlicher produktiver Schulreform, zur Genossenschaftskultur unterbinden. Der geordnete Schulbetrieb muß ungeschritten werden gemäß der höchsten Möglichkeit, darf nicht so herabgeschraubt werden, daß durch die Konfessionalisierung Klassen- und Klasseninteressen sich auf Kosten der Volksgemeinschaft zeigen können. Die in Frankfurt a. M. versammelten entschiedenen Schulreformer verlangen, daß dieser Gesetzentwurf verworfen und daß der Neubau des Schulwesens in einem anderen Gesetzentwurf gemäß seiner inneren Gesetzmäßigkeit vorgenommen werde.

Ein Vortrag von August Henn-Reutlin über „Die Gartenarbeitschule“ führte in die Praxis der Gemeinschaftsschule. Die Gartenarbeitschule, in die bisherigen Klassen- und Schulformen eingebaut, sei ein erster Schritt von der alten zur neuen deutschen Schule. Durch die Gartenarbeitschule erziehe man ein Geschlecht, das für Schönheit empfänglich ist und die Natur liebt. Die Berufsschule als Obelisk der Produktionschule behandelte Dr. Olga Effig-Frankfurt a. M. Eine Reform der heutigen Berufsschule habe von der Berufsbildung als Kern- und Ausgangspunkt einen Weg zur Menschenbildung zu suchen. Ihre Aufgabe liege also in der Synthese beruflicher Schulung mit allgemeiner harmonischer Selbstauswirkung. Dazu bedürfe es außer grundlegenden Umgestaltungen im organisatorischen Aufbau vor allem einer völligen inneren Umstellung der Lehrmethoden und des Lehrgehaltes nach Inhalt und Geist. Nach einem Referat von Fritz Gansberg-Bremen über „Kindheitsgemäher Unterricht für die Begabten“ sprach Kaminer-Charlottenburg über „Den Geschichtsunterricht“. Er stellt als Methode des Geschichtsunterrichts auf: Ausgangspunkt vom Kind und von der Gemeinschaft. Beobachtung der Umwelt, Erarbeiten des Stoffes. Keine Suggestion, keine ewigen Aufgaben oder Gedächtnisdrill, sondern Forschungsarbeiten. Keine Rhetorik, sondern Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit. Das Ergebnis dieses Unterrichts sei freies Menschentum. Damit war der Beratungsvorabend erledigt.

Reichskonferenz der Forstarbeiter.

Am 15. und 16. Mai fanden sich zum erstenmal seit dem Bestehen des Deutschen Forstarbeiterverbandes Delegierte der Forstarbeiter aus allen Gauen des Reiches in Jena zusammen zur Beratung der besonderen Berufsinteressen der organisierten Forstarbeiter. Die weittragende Bedeutung, die dieser Konferenz beigemessen ist, dokumentiert die Tatsache der Anwesenheit von Vertretern zahlreicher Regierungsbehörden, u. a. des Preussischen Landwirtschaftsministeriums und der Thüringischen Staatsregierung. Im Vordergrund der erfolgreich verlaufenen Tagung stand ein an interessanten Gesichtspunkten reichhaltiges Referat des Vorstandsmittels Wilhelm Bernier über die im gegenwärtigen Zeitpunkt einer besonderen Bedeutung beizumessenden Frage

„Der deutsche Wald als Gemeingut des Volkes und seine Bewirtschaftung durch den Staat.“

Ausgehend von der Feststellung der Bedeutung des Forstwirtschaft für unser volkswirtschaftliches und insbesondere für die Durchföhrung der unterirdischen durch Unterzeichnung des Friedensvertrages anerkannten Verpflichtung der Wiedergutmachung, entzollte der Referent ein Bild von dem Umfang der Bewirtschaftung, die der Volksgemeinschaft durch die in privater Hand liegende Bewirtschaftung der Forsten erwachsen und erbrachte den Nachweis der Notwendigkeit der Ueberführung dieses wichtigen Faktors in die Gemeinwirtschaft. Ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl des Volkes wird heute von mancher Seite ein frivoler, von nachher Gemeinwohl getragener Weise ein Neubau an unseren Waldbeständen betrieben, der die Grenzen der wirtschaftlichen Wiedergutmachung überschreitet. Waldbestände, deren Schlagreife erst in Jahrzehnten gegeben ist, werden heute zum Einschlag gebracht im Interesse der Ausnutzung der gegenwärtig auf dem Holzpreismarkt herrschenden günstigen Verhältnisse. Innerhalb der Naturwerte werden auf diese Art vernichtet zum Nachteil insbesondere des künftigen Volkes, dem seine Erholungsgebiete entzogen werden. Die Not des Volkes und die Erfüllung der der Forstwirtschaft übertragenen Verpflichtung verlangt die Ueberführung der rationellsten Bewirtschaftung, welche die aber nur durch Ueberführung der privaten Bewirtschaftung, Methode durch Unterstellung unter Staatsaufsicht und Ueberführung des Waldes in Gemeingut des Volkes gewährleistet erscheint. Die Forderung der Ueberführung aller Wälder in mitten vollen Besitz des Volkes und folge, wenn man sich aufstellt auf das für die Allgemeinheit überaus notwendige einigen würde, von allen einsichtigen Menschen bestritten werden. Ein Unrecht gegenüber der Allgemeinheit ist es, wenn es Privatwaldbesitzern möglich ist, Jahr für Jahr Millionen Ueberflüsse aus den Wäldern, die eigentlich dem gesamten Volke gehören, herauszuholen können.

Bei der großen Notlage, in der sich das deutsche Volk befindet, ist es unantwortlich, daß fast die Hälfte aller Wälder nicht so bewirtschaftet wird, daß der größtmögliche Nutzen dabei herauskommt. Volkswirtschaftlich ist also die Forderung vollen Besitz, wenn wir verlangen, daß der Wald in den Besitz des Staates übergeführt wird, um eine pflegliche Bewirtschaftung zu ermöglichen. Die Ueberführung der Staatsforsten in die Staatskasse und nehmen der Gesamtwirtschaft einen erheblichen Teil der Steuerlasten ab. So hat z. B. der Freistaat Sachsen im Jahre 1919 einen Reinertrag von 86 205 688 M. Der Freistaat Baden hat unter seinen Gesamteinnahmen im Jahre 1919 einen Betrag von 76,8 Millionen Mark, die als Reinertrag der Forsten gebucht werden konnten. Bayern schließt mit einem Reinertrag von 874 Millionen Mark aus den Staatsforsten im Staatjahre 1920 ab. Die Staatsforsten in Württemberg hatten im Staatjahre 1918/19 einen Reinertrag von 5 322 749 M., im Jahre 1917/18 einen solchen von 2 888 868 M. Dies bedeutet in einem Jahre eine Steigerung des Reinertrags um über 2 4 Millionen Mark. Diese Einnahmen sind zwar nicht der alleinige Vorteil, den die Bewirtschaftung von der staatlichen Bewirtschaftung der Wälder hat. Fast alle staatlichen Forsten haben der minderbemittelten Bevölkerung das Brennholz zu einem bedeutend niedrigeren Preis geliefert. Die Arbeiter haben an der Uebernahme der Forsten durch den Staat ein ganz besonderes Interesse. In allen Staatswaldungen sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach einem Tarif geregelt, der zwischen der Organisation und den Staatsforstverwaltungen abgeschlossen wurde. In den Privatbetrieben fehlen die Tarife zum allergrößten Teil. In der letzten Zeit haben allerdings die Waldbesitzer ihrer früheren Standpunkte auch aufgeben müssen, und sind in einigen Kreisen und Provinzen heute ebenfalls für die Privatwaldbetriebe Tarife abgeschlossen.

Zusammenfassend würde die Uebernahme sämtlicher Wälder durch den Staat für die Gesamtbevölkerung folgende Vorteile bringen:

1. eine bessere pflegliche nachhaltige Bewirtschaftung und Behandlung des Waldes und somit die Erzielung eines größeren Holzertrages,
2. eine Steigerung der Einnahmen des Staates, wodurch die Steuerzahler gewaltig entlastet würden,
3. Einwirkung auf die Regulierung der Holzpreise,
4. Uebernahme der Verkauf von Holzgrundstücken zu Bucherpreisen und die Verschiebung von Holz in das Ausland beseitigt werden.

Ueber die Frage der „Betriebsräte und ihre Bedeutung in der Forstwirtschaft“ referierte der Gauleiter Böden-Gildesheim. Die Ueberführung des Waldes in Gemeingut des Volkes erfordert in erster Linie Entfaltung größtmöglicher Aktivität der in der Forstwirtschaft tätigen Betriebsräte. Zu überwinden gilt es den besonders seitens der forstwirtschaftlichen Betriebsräte gegen die Gewinnung des Arbeitsunterstützungsrechtes in dem Produktionsprozeß durch die Betriebsräte gerichteten Widerstand. Die er-

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angenruber.

(Fortsetzung.)

Als sie nach der letzten Hütte sah, wo sie eine freundliche Kindheit verlebte, und nach dem Häuschen daneben, wo sie sich und andere um Leid und Not gekümmert hatte, da erfaßte es sie, gleich der bedrückenden Empfindung verworrenen Träumers, daß von hier oben verschlungen die einzelnen Behausungen der Straße nach in eine helle Reihe und mit den grünen Hügeln dahinter und dem blauen Himmel darüber in ein freundliches Bild; das eigene Gesicht verlor sich vor dem Gedanken an das gemeinsame Drangsal und Elend, dem sie entronnen, und daß von zu tiefst da unten, am Fuße des Hügels, nicht hinanreichend zum Gipfel, von dem es ihr nun doch vergangen war, herabzuschauen, wie sie es einst in kindlicher Seele gewünscht und erlebt.

So hatte es sich doch gefügt!

Ein dankbares, fast anhängliches Gefühl überkam sie; dankbar, sie mußte es selbst nicht, gegen wen oder was; gegen die Sonne, die alles so warm und freundlich beschien, gegen die Luft, die über allem wehte und sich regte, gegen das Dörflchen, die Hütte, den blauen Himmel, gegen die ganze, schöne, prangende Welt! — Sie faltete die Hände vor der Brust. Lange blieb sie so, plötzlich fuhr sie mit einem lachenden Schrei zurück. Der junge Bauer stand hinter ihr, er hatte sie mit beiden Händen unter den Achseln angefaßt.

22.

Monate verstrichen, der alte Sternsteinhof und die junge Sternsteinhofin ließen einander, sich nicht suchend, noch meidend, ungeschätzte Male über den Weg; wohl bemerkte er den mühseligen Schritt, der ihn bei jeder Begegnung festwärts streifte, ohne daß es ihn zum Nachdenken brachte, wie derselbe stets gleich und unverbändert blieb, selbst als er offen ein immer höheres Gesicht da gegen lehnte. Hat sich halt ein bißel im Leben übernommen, da neue, und dafür, daß es bei leeren Worten bleibt, ist er der —

Wie es war an einem heiteren Abend, als er auf dem ihm eigenen Wege von Sternsteinhof, wo er den Rasthändler besuchte, heimfuhr; er ließ das Rädchen nach Gefallen des Weges hinstellen, schmeckte sein Pfeifen und sah behaglich auf die lang-

sam vorstellenden Hüften und Hüften und Hüften. Als er in Sternsteinhof über die Straße lenkte, riefte er unter einem Busch etwas empor und obwohl er gar nicht abgelenkt war, so erfuhr er doch, als er im Dämmen die Gestalt eines alten Weibes, die hagern Arme mit ausdehnenden Gebärden gegen ihn reckend, auf sein Gesicht zuweilen sah; lautlos lachte er aber, als er in der Ferne zuhinter sich die alte Rathel erkannte.

„Galt auf!“ rief sie halblaut. „Galt auf, Bauer!“

„Och, Braun! Wo, was ist denn los? Gebärdest dich ja völlig wie a Lustgäubertin!“

„Sagen muß ich dir was. Seilige Maria und Josef!“

„Wo, ruf mit erst alle Heiligen an. Was gibst?“

„O, Bauer, dächte ich nit, daß ich a Unglück verhafte, wann du so unvorsichtig bist!“

„Nun, was, alte Geiz? Schneide nit lang herum.“

„Den Gebuldengel ruf an, den Gebuldengel, daß dich der Zorn- teufel nit unterzieht.“

„Bei dir brauchst man schon a Region Gebuldengel. Wo, ich fleh, dich hat was ganz aus dem Häusel gebracht, also nimm dich zusammen, lang amal an zu reden.“

„Es wird dir was abgehen, wann du heimkommst.“

„Ei?“

„Was gestohlen ist es dir nit.“

„Doch, denn, in drei Teufelsnamen!“

„Jest, fluch nit, nit jetzt schon, ehe du noch was meißt.“

„Wo, du, so erspare ich das Schelten.“

„Deine eiserne Geldtruhe, — sie ist dir nit gestohlen.“

„Mein es, daß steht fixer in den Sad.“

„Wer weggeführt ist es worden.“

„Bist überhört? Wer sollte mir an die gerührt haben?“

„Die Bäuerin?“

„Gimmelherrgottis! —“ brüllte der Alte, „die Einscheiderin, die Diebin, an Weinem vergessst sie sich, die —“

Rathel faltete die Hände. „Im Gotteswillen, Bauer, schrei nit so herum, sonst rennen die Leute aus dem Ort herzu, oder mer hört oben auf dem Hof und es kommen welche nachschauen; zu- tagen ist meine Sache nit und wann mer noch da findet, werde ich auf meine alten Tage noch davon gejagt. Saß dir lieber sagen, wie es ausgegangen ist.“

„Nede, leuchte es.“

„Du warst kaum fort, so rufst die Bäuerin den Mädl, den Mädl, den Feiner und den Seff und tragt ihnen auf, die eiserne Geld- truhen aus deinem Ausgehäusel zu schaffen.“

„Woher? Woher?“

„In die schone Stube, wo sie ehndes gewest ist und wo sie hinge- hrt, wie die Bäuerin sich hat verlaufen lassen.“

„Hat sie sich?“ lachte der alte Sternsteinhof grimmig. „Und hst siehst dort!“

Rathel nickte.

„Soll a kurze Freud gewest sein. Wie ich hinauf komm, werd ich der laubren Bäuerin meine Meinung sagen und heut noch, hst gleich an der Stell, muß mir alles wieder in alten Stand! Und da vier Doppeln (Zwanziger), was blinblings an fremdes Eigen die Hand anlegen, da will ich endlich unterschreiben, daß sie an mich gehen sollen, wie können sie sich unterstehen! —“

„Mein, was wollten sie machen? Denkelten war es geschafft. Hat es a Gschlepp und fladern dabei abgeseht, daß ihnen der helle Schweiß (Schweiß) über den Körper gelassen ist.“

„Sehe! Glaub es schon. Seidicht ihnen recht, und daselbe Namende können sie gleich wieder zum Vortreten anheben, denn ehndes ruf ich nit — und sollten sie die halbe Rache dazu brau- gen — bis die Rache an ihrem alten Ort steht.“

„Schau, hab a Einsicht mit dem Mädl. Dem armen Gschier ist er mit der ganzen Eisenkammer auf den Fuß gefallen, brüllt hat er wie a Ochse, und einsteiner haben sie ihn vom Fied geführt.“

„Sehe! Hat einer dabei was abgetriegt? Doch ist mir lieb, und leid, daß es nur der eine war! Sehe, der wird sich der- merken! Mein schon auch, wann einer mit dem Häusel unter paar Zentner geratet, daß er alle Einsicht fangen hört und nachplärrt, wann es auch nit so schon ausfällt. Sehe! Schabst nit, so a Denk- gettel. Seß frump, Rump! Sehe!“

Mitten in dem lauten Jubel über den Unfall des Rachedes be- fand sich aber der Alte, wie ganz kindlich und aus seiner eigenen Welt das sei, er legte das Gesicht in ernste Falten. „Teuff!“ murmelte er, „so weit wird es doch nit sein sein mit dir — da, Sternstein- hof —, daß du dappicht wirst!“ „Rann den Bäuerin recht, dir Herr zu werden. Ah, nein, sein geschickt!“ Er rückte ein wenig auf dem Ausbode zur Seite und sagte zur alten Schaffnerin: „Steig auf! Wollen mer gleich der Bäuerin unter die Augen!“

(Fortsetzung folgt.)

folgende Durchführung dieser, einer Hartnäckigkeit nicht entbehrenden Kampfes, erfordert intensiver Einwirkung an die gewerkschaftliche Organisation. Die Arbeiterklasse verlangt Erhebung vom Objekt zum Subjekt unserer Volkswirtschaft. Die Arbeiterklasse kann und wird sich mit ihrer bisherigen Rolle, welche sie zur mechanischen Lohnarbeit bezurteilte, nicht zufriedengeben. Auch gegen den heftigsten Widerstand der Unternehmer, trotz aller sonstigen in den Eigenheiten der Wirtschaft begründeten Hemmnisse, wird die Arbeiterklasse nicht zucken, bis die Sozialisierung unserer Volkswirtschaft durchgeführt ist. In diesem Streben das wichtigste Werkzeug der Arbeiterklasse zu sein, das ist die gewaltige Bedeutung der Betriebsräte.

Das Problem der „Entwicklung und tariflichen Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses der deutschen Arbeiterklasse“ stand durch den Gewerkschaftskongress, München, seine Behandlung. Den Willen der Arbeiterklasse in Bezug auf die Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse sollte der Kongress in nachstehenden Forderungen zusammenfassen:

1. Gewährung der achtstündigen Arbeitszeit in Betrieben, in denen bisher dieselbe noch nicht zur Einführung gelangte.
2. Gleichstellung in der Lohnzahlung mit den anderen Staatsarbeitern.
3. Gewährung eines Urlaubs, steigend nach Dienstjahren bis zu drei Wochen.
4. Gewährung einer Vergütung für Werksausbebauung.
5. Beschaffung von Unterhaltungsanlässen durch Unterstützung von Schulhöfen.
6. Zahlung des tariflichen Zuschlages für geleistete Feiertage in der Woche.
7. Fortzugsberechtigung bei Abgabe von Malvarien und Nachland.
8. Anerkennung als Arbeiter und Gleichstellung in der Arbeiterbewegung.

Die Diskussion ergab weitestgehende Übereinstimmung der Auffassung der Delegierten mit den Forderungen des Referenten propagierten Gebotsgebühren.

Die deutsche Arbeiterklasse hat somit durch die Reichskonferenz ihren einstimmigen Willen und ihre Bereitschaft zur Opferung ihres Widerstandes an den Widerstand des damiederliegenden Wirtschaftsliebes dokumentiert, verlangt aber die Würdigung und Achtung ihres Willens und die Schaffung eines Arbeitsverhältnisses, das sie zu frei schaffenden Menschen am freien Staat macht.

Bewerkschaftliches.

Entwertung der Tarifverträge nennt das Unternehmerorgan „Mitteilungen des Deutschen Industrieschutzverbandes“ Vorgänge in den Betrieben, worüber es folgendermaßen berichtet:

„Eigenständige Erscheinungen machen sich neuerdings, und zwar an den verschiedensten Stellen, bemerkbar. Die Arbeiter wechseln die Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften, je nachdem die oder jene die höheren Tariflöhne hat. Man tritt vom Fabrikarbeiter in den Holzarbeiterverband, von den Transportarbeitern zu den Fabrikarbeitern, an anderer Stelle umgekehrt von den letzteren zu ersteren über, ebenso von den Metall- zu den Holzarbeitern oder umgekehrt in (gemischten Betrieben). Man glaubt, damit auch der Verpflichtungen aus dem bisherigen Tarifvertrag ledig zu sein und vom Arbeitgeber die Bezahlung nach den höheren Sätzen der Gewerkschaft fordern zu können, zu der man neu übergetreten ist, unbekümmert darum, wie lange der Tarifvertrag, dem man bisher unterstellt war, noch läuft. Eines schönen Tages erscheint der Vertreter der Gewerkschaft, der die Arbeiter sich neu zugewendet haben, beim Arbeitgeber und stellt die entsprechenden Forderungen. Es braucht sich natürlich kein Arbeitgeber auf diese „Sabotierung“ der Tarifverträge einzulassen. Auch wenn in der Sache der Schlichtungsausschuss angerufen wird, ist dieser nicht berechtigt, ein derartiges Verfahren gutzuheißen. Es sei dazu besonders auf die Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 30. November v. J. hingewiesen, worin den Schlichtungsausschüssen zur Pflicht gemacht wird, bei ihren Entscheidungen nicht ohne ganz zwingende Gründe von dem Grundsatz abzuweichen, daß bestehende Verträge respektiert werden müssen.“

Juristisch betrachtet, ist das von der Sorge um den Profit gequälte Unternehmerorgan im Recht. Zudem ist solches Vorgehen der Arbeiter ein zweischneidiges Schwert. Mit demselben Recht könnten nämlich auch Arbeitgeber zum Schaden ihrer Arbeiter aus ihren Organisationen aus- und in andere eintreten, wenn für letztere Tarifverträge gelten, die den Unternehmern günstiger sind. Von den Arbeitern muß aber jenseitig Vernunft erwartet werden, daß sie ihrem Verbands nicht deswegen davonlaufen, weil der andere zufällig einige Pfennige Lohn mehr für seine Mitglieder herausgeholt hat, um bei der nächsten Gelegenheit zu einem dritten Überzutreten resp. zu dem alten Verbande zurückzukehren, weil jetzt der Tarif hier wieder günstiger ist. Das ist gewerkschaftliche Unreue, die bekanntlich ihren eigenen Herrn schlägt. Denn durch dieses Hin- und Herpendeln wird die Aktion jeder Organisation erschwert und der Abschluß günstiger Tarifverträge vereitelt.

Gewerkschaften und Arbeiterabstinente.

Der Vorstand des Deutschen Arbeiterabstinenteubundes legte im Dezember 1920 und im Januar 1921 den Vorständen der politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen sowie den Verbänden der Arbeiterjugend folgende drei Fragen vor:

1. Ist der Vorstand für ein Verbot der Herstellung und des Verkaufs von Schnaps?
2. Ist der Vorstand für ein Verbot der Verwendung lebensnotwendiger Nahrungsmittel (Getreide, Kartoffeln, Zucker) zur Herstellung von alkoholischen Getränken?
3. Ist der Vorstand bereit, auf eine Unterstützung eines derartigen Verbotsantrages durch die Partei (Parlamentsfraktionen, Presse, Organisationen) bezw. durch die Gewerkschaft hinzuwirken?

Aus den Reihen der freien Gewerkschaften haben die Verbandsverbände der Bergarbeiter, Maschinen- und Heizer, Bäcker, Dambeder, Fabrikarbeiter, Landarbeiter, Transportarbeiter, Eisenbahner, Bauarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Steinarbeiter und der Berliner Filialverband des Schneiderverbandes die Fragen beantwortet. Nicht geantwortet haben u. a. der Metallarbeiterverband, der Textilarbeiterverband, der Holzarbeiterverband, der Buchdruckerverband, der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-angestellten.

Der Bergarbeiterverband beantwortete alle drei Fragen mit Ja. Ebenso sprach sich der Verband der Maschinen- und Heizer für ein Verbot der Herstellung und Verteilung von Trankbrennwein und der Verwendung notwendiger Nahrungsmittel zur Herstellung alkoholischer Getränke aus. Auch die anderen Antworten zeigen mehr oder weniger betont die Sympathie der Gewerkschaften mit den Bestrebungen der Arbeiterabstinente, deren Organ, „Der abstinente Arbeiter“, das Ergebnis der Umfrage unter den Gewerkschaftsvorständen wie folgt zusammenfaßt:

„Befriedigend muß werden, daß die bedeutendsten Gewerkschaften — ausgenommen der Bergarbeiterverband — zur Frage des Schnapsverbothes entweder überhaupt nicht Stellung nehmen oder diese Frage vernachlässigen, daß sie dagegen alle für ein Verbot der Vergärung wichtiger Lebensmittel in der gegenwärtigen Zeit eintreten. Abgesehen von den Steinarbeitern, die wohl auch einer „mäßigen“ Vergärung des Wort reden, will überhaupt keine der antwortenden Gewerkschaften den Brauerei- und Brennerei-Verbindungen die wirtschaftlichen Nahrungsmittel überlassen. Wenn die Vertreter von ungefähr 4 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ein Vergärungsverbot erstreben, werden dann die anderen gleichgültig oder ablehnend abseits stehen können? Es muß geglaubt werden, eine geschlossene Front aller Arbeiterorganisationen gegen die Lebensmittelvergeubung sofort zu formieren.“

Genossenschaftliches.

Die Entwicklung der Konsumvereinsbewegung. Der gewaltige Aufschwung, den die deutschen Konsumgenossenschaften genommen haben, geht deutlich hervor aus dem interassistenten Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der eben erschienen ist. Danach hat sich die Zahl der dem Zentralverband angeschlossenen Organisationen von 686 auf 1820 gesteigert. Die Zahl der diesen Vereinen angeschlossenen Mitglieder ist von rund einer halben auf über zweieinhalb Millionen gewachsen. Der Gesamtumsatz betrug im Jahre 1908 rund 176 Millionen und ist bis zum Jahre 1920 auf 4233 Millionen angewachsen. Der Wert der in eigener Produktion hergestellten Waren erfuhr eine Steigerung von 15 auf 560 Millionen Mark. Das eigene Kapital vermehrte sich von 18 auf 191 Millionen Mark, das Fremde von 22 auf 509 Millionen Mark. Der Bericht hebt dann hervor, daß die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung im abgelaufenen Jahre trotz oder vielleicht gerade infolge der Schwere der Zeit einen Fortschritt gemacht hat wie nie zuvor. Nicht weniger als 400 000 Familien sind den Konsumgenossenschaften neu beigetreten, ein Beweis, daß ein immer größerer Teil des deutschen Volkes in der Konsumgenossenschaft die starke Helferin in seiner wirtschaftlichen Not sieht. Natürlich bedingt der gewaltige Mitgliederzuwachs die Einrichtung zahlreicher neuer Verteilungsstellen. Das vorhandene Inventar nebst Maschinen bedarf der Erneuerung und die Produktionsanlagen der Konsumgenossenschaften müssen erweitert werden. Zur Lösung dieser großen Aufgaben sind daher gewaltige Kapitalmengen erforderlich, so daß sich alle Energie der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung jetzt in erster Linie der Kapitalbeschaffung zuwenden muß, dies um so mehr, als die Konsumgenossenschaftsbewegung durch die Aufhebung der preussischen Warenhaussteuer in ihrer Anwendung auf die Konsumvereine mehr Elbogenfreiheit gewonnen hat und die Verteilung aller Bedarfsartikel, sowie die Herbeiführung ihrer Mitglieder selbst in die Hand nehmen muß.

Volkswirtschaftliches.

Die Berliner städtischen Werke als A.-G. Die Rentabilität der städtischen Werke hat Berlin schon viele Kopfzerren bereitet. Während früher Millionen Überschüsse erzielt wurden, ist heute das Gegenteil der Fall, und die Feinde der Sozialisierung ruhen unter Aufschüttelung der durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse die Betriebsverhältnisse als Argument gegen jede Sozialisierung aus. Diese Frage erregt natürlich die schärfste Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse, und so nahm dieser Tage eine Versammlung städtischer unter der Leitung der Sozialistischen Betriebsräte unter Einwirkung der Gewerkschaften und der Vertreter der sozialistischen Stadtverordnetenfraktionen statt, in der Stadtbaurat Herten über „Die Zukunft unserer Werke“ sprach. Herten gab zunächst einen Überblick über die Größe der städtischen Werke. Die Gesamtzahl der Arbeiter beträgt 20 000. Von diesen entfallen 14 000 auf die Fabrikwerke, 2500 auf die Elektrizitätswerke, 1000 auf die Wasserwerke und 2500 auf den Rest. Die Gesamtenergieerzeugung beträgt 450 Millionen Kubikmeter. Davon wurden von den alten Berliner Werken 800 Millionen hergestellt, während die Werke der Vororte 150 Millionen produzierten, und schließlich werden noch 150 Millionen Kubikmeter von der alten englischen Gasanstalt erzeugt, die eine andere Entwicklung genommen hat als man es hätte wünschen können. Während des Krieges ist sie sehr sozialisiert worden. Doch ist sie von einer anderen Gesellschaft dann auf 50 Jahre gepachtet worden und da derselben zwei Drittel des Aktienkapitals gehören, ist die Stadt von der Mitbestimmung fastlich ausgeschlossen. Drei Fünftel des Berliner Strombedarfs wird im Braunhohlengiebel bei Bitterfeld erzeugt und lediglich zwei Fünftel in den Berliner Werken. Der Gesamtverbrauch an Strom beträgt in Berlin 800 Millionen Kilowatt, von denen 160 Millionen von den großen Berliner Industriewerken, 70 für den Betrieb der Berliner Straßenbahn, 40 von den kleinen Abnehmern und weitere 40 Millionen als Verlust von Vermeidung finden. Der Wasserbedarf Berlins beträgt 100 Millionen Kubikmeter und wird von Berliner Wasserwerken gedeckt. Die Gesamtzahl der Werke beträgt 75 und der Etat beläuft sich auf Ausgaben und Einnahmen mit 1,6 Milliarden Mark. Stadtbaurat Herten stellt die Hauptaufgabe der neuen Stadtbewirtschaftung darin, die Werke nach modernen Methoden rationell arbeiten zu lassen und kaufmännisch geleitete Betriebe zu schaffen, doch dürfen dabei die sozialen Aufgaben nicht vernachlässigt werden. Die Lebensfrage der Arbeiter müsse gelöst werden, dadurch würde auch die Produktivität der Werke steigen und hierbei mitzuwirken sei Aufgabe der Betriebsräte. Nachdem Stadtbaurat Herten die einzelnen Betriebsformen unterteilt hatte, erklärte er, daß die Form der Aktiengesellschaft für die städtischen Werke die beste sei und daß dieselbe auch von der Reichsregierung anerkannt werden sei, weil durch ihre Anwendung als Aktiengesellschaft mit einem Ruckgriff die einengenden Verwaltungsvorschriften beiseite gelassen werden könnten. Die Aktien müßten in der Stadt bleiben und der Verkauf derselben könne nur durch einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung herbeigeführt werden. Es wäre allerdings auch denkbar, daß man Markt zwischen der reinen Verwaltungsbetrieb und der Leitung der produktiven Werke unterhalte. Jedoch mache das eine Verringerung der Fortschritte notwendig, wozu die Möglichkeit vorhanden sei, und in drei bis vier Monaten schon könne man erkennen, ob ein solcher Versuch ge-

lungen sei. Lediglich hat die neue Stadtbewirtschaftung Berlin die heute noch nicht die freie Verfügung über die in den Abzugseinkommen stehenden Werke. Diese Frage kann erst nach Anhörung einer Vollversammlung der Bezirksbürgermeister entschieden werden. Herten führt die Unrentabilität neben technischen Mängeln auch darauf zurück, daß a. B. zur Herstellung einer bestimmten Wassermenge in den Vororten nur 22 bis 25 Arbeiter benötigt werden, während die alten Berliner Werke dazu 88 benötigten, und er erklärte, daß wenigstens 3000 Arbeiter und Angestellte zu viel bei dem augenblicklichen Stand der Werke beschäftigt sind. Diese Überflüssigkeit werdenden Arbeitskräfte müßten nach der Neuorganisation durch Aufnahme neuer Fabrikanlagen weiterbeschäftigt werden. Er hält die Verabschiedung einer größtmöglichen Zentralisation für notwendig; die einzelnen Werke sollen getrennt Verantwortung haben und lediglich in den monatlichen Gesamtergebnissen kontrolliert werden, wodurch die günstigen Betriebsergebnisse allen Werken nutzbar gemacht werden könnten. Gegen soll die Verwaltung der großen Verteilungsnetze von der Verwaltung der Werke vollständig getrennt werden. Die Zentralverwaltung würde bei diesem System mit etwa 150 Personen auskommen, von denen je 50 den kaufmännischen und sozialen Teil zu bearbeiten hätten. Die Betriebsräte sollten in vollem Maße zur Mitarbeit herangezogen werden. Der Magistrat hat beschlossen, nach den Vorschlägen des Stadtbaurats Herten zu verfahren und diesen an die Spitze der städtischen Werke zu stellen.

Die Diskussion, in der sich die einzelnen Redner teils zustimmend, teils unter Geltendmachung schwerer Bedenken gegen die Vorschläge Herten äußerten, wurde nicht beendet. Es kam besonders die Forderung zum Ausdruck, daß auf Umwegen die Werke in Privatbesitz übergeführt werden und daß dadurch nicht nur die Rechte der Allgemeinheit, sondern auch der Arbeiterklasse verloren gehen könnten.

Die Kohlenförderer. Die Kohlenförderung des Ruhrbezirks einschließlich der unterhessischen Becken beträgt:

	Gesamtförderung	Zahl der Arbeitstage	Arbeitsfähigkeit
April 1921	7 894 985	26	303 653
März 1921	7 685 185	25	307 407
Februar 1921	8 174 606	24	340 609
April 1918	9 969 569	26	383 445

Im Vergleich zum letzten Uebersichtsmonat Februar ist im April arbeitsfähig eine Verringerung von rund 87 000 Tonnen zu verzeichnen, die auf den Ausfall der Uebersichtsmonate zurückzuführen ist. Auf den ganzen Monat berechnet, ist demnach bei 25 Arbeitstagen mit einem Förderausfall von mehr als 900 000 Tonnen zu rechnen. Bei der Märzförderung ist zu beachten, daß die Uebersichtsmonate erst am 14. März in Kraft gekommen sind und daß die Förderung im März durch die mit dem Streikendenaustritt verbundenen teilweise Arbeitsniederlegung erheblich gelitten hat. Gegenüber dem gleichen Monat im letzten Friedensjahr April 1918 beträgt die Verringerung rund 80 000 Tonnen arbeitsfähig. Im Ruhrbergbau wurden Ende April 542 938 Arbeiter beschäftigt.

Infolge des Rückgangs der Kohlenförderung konnten trotz des geringen Wasserstandes die Ansprüche an die Waggengestellung befriedigt werden. Es wurden arbeitsfähig 21 444 Waggengestellung gegenüber 22 079 Waggengestellung im Monat März. Die Lagerbestände sind von 877 900 Tonnen Ende März auf 428 700 Tonnen Ende April zurückgegangen.

Aus aller Welt.

Der gebundene Storch. Ein „Körperpflegeinstitut“ eigener Art wurde in Berlin geschlossen und seine Inhaber, ein Apotheker, ein Professor und ein „Professur“ Gottlieb von der Kriminalpolizei festgenommen. Dieser untersteht in der Stiglitzstraße 48 im ersten Stock ein Institut, das schon wiederholt Verdacht erregt hat. Angeblich dient es der Körperpflege, in Wirklichkeit aber war es ein Heim für Frauen und Mädchen, die unerlaubte Hilfe suchten. Auf diesen Charakter machten auch die öffentlichen Anordnungen etwas verdächtig, aber doch deutlich genug aufmerksam. Alle Veröffentlichungen und Anpreisungen wiesen als Sinnbild einen gebundenen Storch auf. Vor einigen Tagen erhielt nun eine Polizeistelle die Anzeige, daß ein Storch, der alles erneut begründete, so daß man endlich durchgreifen konnte. Es handelte sich um ein Mädchen, das aus der Provinz nach Berlin gekommen war und bei einem gewissen Bobbt aus Friedenau Unterschlupf gefunden hatte. Nach einer Zeit wurde das Mädchen von Bobbt zur Befriedigung gewisser Folgen in die obige Anstalt gebracht. Hier operierte „Professur“ Gottlieb im weißen Kittel wie ein richtiger Mediziner in seiner Klinik. Nach dem Eingriff verschlechterte sich der Zustand des Mädchens, so daß ein Arzt Krankenhausbehandlung anordnete. Nach der Genesung kehrte das Mädchen in die städtische Wohnung zurück. Diese Vorgänge wurden festgestellt und daraufhin nicht bloß die längst verdächtige Heiler und Gottlieb, sondern auch Bobbt verhaftet. Das „Institut für Körperpflege“, das in den Anordnungen Bureau Mulator hieß, wurde geschlossen. Der verhaftete Apotheker und sein „Professur“, die früher hartnäckig alles geleugnet hatten, konnten jetzt die Vorwürfe nicht mehr bestreiten und wurden mit Bobbt der Staatsanwaltschaft übergeben.

Der neubäuerliche Monarchisten-Hauptling. In Göttingen am Harz geht vom Zwingenberg her ein Weg an der Domtreppe entlang, dessen Benutzung für Zivilpersonen durch ein Schild verboten ist mit der Aufschrift: „Das Ueberschreiten des Exerzierplatzes ist für Zivilpersonen verboten. Königl. Garnisonkommando.“ Kommt da Anfang Mai 1921 ein Göttinger Bürger des Weges entlang und wird vom Posten angehalten mit der Bemerkung, daß er den Platz nicht überschreiten dürfe. „Weshalb nicht?“, „Geben Sie denn das Schild nicht gelesen?“. „Natürlich! Aber das ist doch nicht mehr maßgebend, denn ein königliches Garnisonkommando gibt es nicht mehr, deshalb kann dieses auch keine Anordnungen mehr treffen“. Der Posten kann sich diesen Argumenten nicht verschließen, meldet aber den Vorfall dem Bataillon. Die Dienststelle sieht anscheinend die Notwendigkeit einer Verrückung auch ein und die zufällig in der Kaserne anwesenden Mäler werden beauftragt das Wort „Königl.“ zu überpinseln. Dies geschieht. Am Mittwoch kehrt die Truppe von einer Übung zurück. Der Hauptmann teilt mit seinen Kompanieoffizieren diesen Weg entlang und bemerkt die Veränderung auf dem Schild. Seine Miene schürfen herum; er glaubt den Freiberger entdeckt zu haben. Der Gastwirt am Eingang des Weges läßt sein Haus verschönern. Auf dem Gerüst arbeitet wohlgenut ein ehrfurchtsamer Mäler. Kein anderer wie dieser kann die „Majestätsbeleidigung“ begangen haben. Nach seiner Ankunft in der Kaserne werden zwei Soldaten mit Waffen beordert, und der brave Mälermann wird trotz Sträuben verhaftet und in das Arresthaus abgeführt. Nachdem die Sache aufgeklärt und es sich herausgestellt hat, daß die Verrückung von der Dienststelle angeordnet und ausgeführt worden ist, kann er seine bumpy Seele wieder mit dem lustigen Gerüst verlaufen.

Ein Mord durchs Telefon beobachtet. In Berlin verkehrten beim Rechtsanwalt Dr. Martens junge homöopathisch veranlagte Leute. Besonders innig war das Verhältnis zwischen dem 22-jährigen Arbeiter Fichte und dem Rechtsanwalt. Der Rostspiegel wegen begann jedoch der Anwalt sich von dem jungen Manne zurückzuziehen. Dienstagabend kam dieser mit zwei jungen Leuten wieder in die Wohnung des Rechtsanwalts. Einer von ihnen ging nach der im Nebenhaus gelegenen früheren Wohnung des Anwalts, die seine Wirtin, eine Frau Schiller, innehat und mit der er telephonisch verbunden ist. Wegen 11 Uhr abends wurde Frau Schiller telephonisch angerufen und Dr. Martens teilte ihr mit, daß Fichte sehr aufgeregt sei; eine andere Stimme aber rief dazwischen: „Es ist nicht so schlimm! Wohllich für jedes Paar Stuhl — mußte ihm unbedingt vorkommen. Seine Frau fand den Doktor mit einer Schußwunde im Kopf auf den Treppen und Fichte mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe auf dem Flur liegen. Dieser hatte sein Testament und Aufzeichnungen über den beabsichtigten Mord und Selbstmord bei sich. Es schrie sich also um eine Mordbestimmung — zweier Männer zu handeln.“

Der Lohnkampf der Straßenbahner.

der Versammlung der streikenden Straßenbahn-
arbeitenden in der Nacht vom 2. auf den 3. März.

Dem Begleitseller des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner wurde der Schiedsspruch vom 11. Mai einer eingehenden Beleuchtung unterzogen. Dieser Spruch fuße auf der irrthümlichen Voraussetzung, daß „nachdem eine Verteuerung der Lebensbedingungen seit der letzten Lohnerhöhung nicht eingetreten, die Forderung auf Erhöhung der Löhne nicht gerechtfertigt sei.“ Eine solche Auffassung, wie sie in dieser Formel zum Ausdruck komme, würde nur dann der Gerechtigkeit entsprechen, wenn das vorangegangene Lohnabkommen eine vollwertige Entlohnung bedeutet hätte. Das trifft aber bei den Abkommen, die in der Nachkriegszeit mit der Danziger Straßenbahn getroffen wurden, durchweg nicht zu. Die Verwaltung hat, wie auch alle anderen Straßenbahnoverwaltungen, immer damit argumentiert, der Betrieb könne den Forderungen nicht gerecht werden, weil eine Fahrpreisbildung entsprechend der Geldentwertung nicht möglich gewesen sei. Aufsichtsbehörden und Gemeinden seien häufig gegen eine rechtzeitige Reform gewesen. Dieser Sachdarstellungen hätten sich die Arbeitnehmer bei den früheren Lohnabkommen nicht verschlossen. Sie hätten demgemäß in Lohnsätze eingewilligt, die bei weitem nicht den Lebensbedürfnissen entsprächen hätten, natürlich in der Voraussetzung, daß dies kein Dauerzustand sein könne.

Der entschlossene Wille der Straßenbahner, den Aus-
bis zur Bewilligung ihrer berechtigten Lohnforderungen fort-
zuführen, sollte u. E. dem Senat Veranlassung geben, zu de-
durch das ablehnende Verhalten der Straßenbahn-Direk-
verschuldeten Unterbindung des gesamten Straßenbahnverkehrs
Stellung zu nehmen. Es kann im Interesse der Allgemeinheit
nicht länger zugelassen werden, daß die Straßenbahngesellschaft
durch Mißachtung der gerechtfertigten Lohnforderungen ihre
Personals dem Publikum die notwendigen Beförderungsmög-
lichkeiten vorenthält. Das bräukke Verhalten der Straßen-
bahndirektion zeigt aufs deutlichste, wie unhaltbar der Zu-
stand ist, daß öffentliche Verkehrseinrichtungen dem Privat-
kapital nur zur profitkapitalistischen Ausnutzung ausgeliefert
sind. Wenn die Behörden der profitkapitalistischen Sabotage
des öffentlichen Verkehrs weiterhin talentos zusehauen, mache
sie sich für die weiteren Folgen der Verkehrsmisere verant-
wortlich.

Das Wirtschaftsamt veröffentlicht im Staatsanzeiger die Verordnung über die öffentliche Begirtshastung der Milch und Milchnachweise, die am 1. Juni in Kraft treten soll.

Die Verordnung über die Bewirtschaftung von Milch und Milchprodukten vom 3. November 1917 sowie sämtliche Ausführungs- und Anordnungen betr. Zwangsbewirtschaftung von Speiseeierlegen und Speiseeier werden aufgehoben. An ihre Stelle wird im wesentlichen folgendes bestimmt: Es ist verboten: 1. Vollmilch, Rahm, Rahm- und Sahne in gewerblichen Betrieben zur Herstellung von anderen Milchprodukten als von Butter und Käse zu verwenden; 2. Vollmilch und Sahne in Konditoreien, Bäckereien, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften sowie in Erfrischungsräumen zu verabsorbieren; 3. Sahne in den Verkehr zu bringen, außer zur Herstellung von Butter und Käse in gewerblichen Betrieben und außer zur Verwendung an Kranke und Kranfenshallen als Grund anstaltlicher Milchherstellung; 4. geschlagene Sahne (Schlagsahne) oder Sahne zu anderen Zwecken herzustellen. Aus ausländische Dauerlöhne finden diese Vorschriften keine Anwendung, dagegen darf Schlagsahne auch aus ausländischen Dauerlöhnen oder Milch nicht hergestellt werden.

Vom 1. Juni an ist die bisher bekannte Beschränkung von weizenhaltigen bis auf weiteres erloschen. Die Einfuhr von Weizen, Roggen und Weizenreiskombinaten aus dem Ausland ist verboten. Nur die mit dem freien Handel infolge der Annullirung dieser Produkte verbundenen Verhältnisse zu verändern, die sich insbesondere in der Preisgestaltung und Versorgung der mindereinkommelten Bevölkerung bemerkbar machen werden, steht es nicht der Kommunalsoverände frei zu thun. Nach dieser Verordnung zusehenden Rechte mitzuberufen auskommen. Als folgenreicher Mangel dürfte es sich herausstellen, daß die Verordnung den Gemeinden keinerlei Rechte auf Einführung einer Preiskontrolle und Eindämmung des sicherlich auftretenden Preiswunders gibt. Der Senat meinte in seiner vor kurzem veröffentlichten Stellungnahme allerdings, daß nunmehr der freie Handel den Beweis erbringen könne, daß er die Versorgung preiswerter als die Zwangswirtschaft mit Milch versorge. Die Hoffnung, daß er das tun wird, ist bei uns allerdings äußerst schwach.

Zwölf Gebäude vollkommen eingestrichen

Der Volkstag

Die Zusammenrottung auf der Dantsiger Werft.

Vor dem Völkengericht dem nochmals die Zugangssteuer auf der Danziger Werft am 27. Januar 1906 zur Verhandlung, Bohrer Rudolf Gustav Schön in Verbotsverfahren angeklagt. Ich kenne der Menschennurge befunden zu haben, die in das Völkengericht eingebracht war. Der Völkengericht erklärte, daß an diesem Tag auf der Werft in den einzelnen Werksstätten angeordnet waren, als

[illegible]

